

Pressemitteilung 28. Juli 2016



Neuer Gesetzentwurf stößt auf Kritik Diakonie fordert Überarbeitung Hof

Die Diakonie Hochfranken wendet sich in diesen Tagen direkt an die heimischen Abgeordneten aus Bundestag und Landtag, um gegen das geplante Bundesteilhabegesetz zu protestieren. „Wir bitten Sie darum, sich für eine Überarbeitung des Gesetzentwurfes stark zu machen. Der Entwurf ist ungerecht, bürokratisch und führt gleich an mehreren Stellen zu Verschlechterungen für die Menschen mit Behinderungen“, heißt es in dem Schreiben, das teils per Post verschickt, teils persönlich überreicht wurde.

Das Bundesteilhabegesetz regelt die Eingliederungshilfe für über 800.000 Menschen in Deutschland neu. Laut Diakonie ist unklar, wer überhaupt Leistungen nach dem geplanten Gesetz erhalten soll. So soll von den Leistungen profitieren, wer in mindestens fünf von neun definierten Lebensbereichen Unterstützung benötigt. „Was aber, wenn jemand nur in vier Bereichen in erheblichem Umfang Hilfe benötigt? Bekommt dieser Mensch dann keine Hilfe?“, fragt die Diakonie. Zudem befürchte man, dass ganze Gruppen von Menschen mit einer Behinderung gar keine Leistungen mehr aus dem neuen Gesetz erhielten. Dies gelte etwa für Menschen mit einer seelischen Erkrankung, die nur in einem oder zwei der definierten Lebensbereiche Hilfe benötigen: Sollen ihnen künftig Hilfeleistungen entzogen werden, weil sie angeblich nicht mehr behindert genug sind?

Auch die Assistenz für Menschen mit einer Hör- oder Sprachbehinderung werde in einem problematischen Ausmaß beschnitten. Der Entwurf lasse völlig offen, für welche Anlässe sie Assistenz erhalten sollen. Dies fördere die Teilhabe in keiner Weise.

„Im Interesse der Leistungsempfänger lehnen wir den Entwurf ab“, heißt es in dem Schreiben weiter. Der Sachverhalt sei komplex – die Diakonie Hochfranken suche das Gespräch und biete an, mit den Abgeordneten tiefer in die Materie einzusteigen. „Letztendlich birgt allein schon die Eile dieses Prozesses viele Fehlerquellen. Fehler, die zur Benachteiligung von Menschen mit Behinderung führen werden. „Allein um diese zu vermeiden bitten wir Sie um eine Politik für Menschen und damit weitere Überarbeitungen im Gesetzgebungsverfahren“, schreiben die beiden Geschäftsführer Martin Abt und Maria Mangei. Damit unterstützt die Diakonie die Kritik zahlreicher Verbände und Organisationen an dem Entwurf.

Ansprechpartnerin für Presse:

Eva Döhla

Kommunikation & Marketing

Diakonie Hochfranken gGmbH

Klostertor 2 · 95028 Hof

Telefon 09281-837-122

Fax 09281-140039-122

eva.doehla@diakonie-hochfranken.de

www.diakonie-hochfranken.de

Diakonie Hochfranken gGmbH - Klostertor 2 - 95028 Hof

AG Hof: HRB 4003

Geschäftsführung: Martin Abt, Maria Mangei